



montags-info



FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

Fragen ohne Antwort im NSU-Prozess

Stellungnahme von Rechtsanwalt Dr. Mehmet Daimagüler, Nebenklägervertreter für mehrere Opfer und Angehörige am NSU-Prozess in München.

Am vergangenen Mittwoch endete der sogenannte „NSU-Prozess“ vor dem Oberlandesgericht München nach über 400 Hauptverhandlungstagen und mehr als fünf Jahren Dauer.

Die schlechten Nachrichten sind, dass zentrale Fragen zum NSU-Komplex nicht nur unbeantwortet blieben. Schlimmer noch: sie blieben unbeantwortet, weil sie unerwünscht waren, und dies ist ein „Verdienst“ der Generalbundesanwaltschaft.

Meine Mandanten sind sehr starke Persönlichkeiten. Sie sind nicht naiv und ihnen war klar, dass sie nicht auf alle Fragen eine Antwort bekommen würden. Aber am Ende waren sie dennoch geschockt, dass nicht einmal der staatliche Versuch unternommen wurde, wichtigen Fragen ernsthaft nachzugehen.

Die Rolle deutscher Geheimdienstbehörden blieb in diesem Verfahren weitgehend ungeklärt. Sie blieb ungeklärt, weil die Generalbundesanwaltschaft schon mit der Anklageschrift dafür sorgte, dass V-Leute der Verfassungsschutzbehörden nicht Gegenstand der Beweiserhebung wurden. So

wurden diese nicht als Zeugen benannt und Akten wurden nicht angefordert. Es gab zahlreiche V-Leute im Umfeld des NSU, die – direkt oder indirekt – an den Taten beteiligt waren. Manche haben Geld oder Fahrzeuge organisiert, wieder andere haben nach Waffen für den NSU gesucht, wie beispielsweise der V-Mann „Piatto“. Nach alledem ist es unglaublich, wenn Verfassungsschutzbehörden heute behaupten, sie hätten nicht gewusst, wo sich die Untergetauchten aufhalten. **Der NSU war ein Terrornetzwerk, das unter den Augen des Staates entstanden ist und gedeihen konnte.**

Wir von der Nebenklage wollten aufklären, wie groß der NSU wirklich war oder vielleicht noch immer ist. Wir wollten verstehen, welche Rolle unsere Geheimdienste bei der Entstehung rechtsextremer Strukturen gespielt haben, welche Kenntnisse sie über den Aufenthaltsort der Untergetauchten hatten und welche V-Leute im NSU-Umfeld eingesetzt waren. Schließlich und endlich wollten wir auch erfahren, ob der rassistisch geprägte Ermittlungsansatz der Polizei die NSU-Morde

unaufgeklärt gelassen bzw. viele der Morde nicht verhindert hat. Alle diese Fragen gehören in ein Strafverfahren. Die meisten dieser Fragen hat die Bundesanwaltschaft beanstandet und leider ist in vielen Fällen das Gericht der Bundesanwaltschaft gefolgt. Die Bundesanwaltschaft hatte immer eine Doppelrolle im Saal: Anklagebehörde mit Blick auf die Anklagebank und zugleich Verteidiger des Staates und seiner Institutionen.

Jetzt, am Ende des Prozesses, muss ich an die Worte von Bertolt Brecht aus dem Epilog aus „Der gute Mensch von Sezuan“ denken: „Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen – Den Vorhang zu und alle Fragen offen“. Ja, der Vorhang ist zu und viele Fragen offen. **Aber unser Ringen um Aufklärung wird weitergehen. Wir geben nicht auf.**

aus: UZ – Unsere Zeit – vom 13.07.2018, gekürzt

5 Jahre NSU-Prozess

Kein Schluss strich

Tarifflicht und Lohndumping bei Real

Am Freitag, dem 13. Juli, gingen Bürgerrechtler, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Solidaritätskomitees und linke Organisationen in über 15 Städten gegen die Geschäftspraktiken der Metro AG vor. Das Motto für den Schwarzen Freitag lautete „Der Horror ist real“.

Die Bürgerrechtsinitiative **aktion ./. arbeitsunrecht e.V.** wirft der Metro-Tochter **Real Tarifflicht, Missbrauch von Leiharbeit und Lohndumping** vor.

Die Initiative wirft dem Metro-Konzern vor, dass er die gelbe Scheingewerkschaft DHV ausnutzt, um Interessenvertretung zu untergraben und Dumping-Tarifverträge abzuschließen. Real setzte verstärkt auf Werkverträge und Leiharbeit, auch in Kernbereichen wie den Kassen. Das Equal-Pay-Gebot (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) werde von Real unterlaufen.

aus: UZ – Unsere Zeit – vom 13.07.2018, gekürzt

Abgasaffäre: Vertuschen und betrügen

Langsam kann man den Eindruck gewinnen, dass Vertuschen und Betrügen zum Geschäftsmodell der Autokonzerne geworden ist: Die Behörden ermitteln nicht nur bei VW und den Töchtern Audi und Porsche, auch BMW und Daimler haben sie im Visier. Fahrzeuge werden nicht ausgeliefert, die Produktion wird teilweise gestoppt, immer neue Software-Updates versprochen. Trauriger Höhepunkt vor gut zwei Wochen: Audi-Konzernboss Rupert Stadler wurde in Untersuchungshaft genommen.

Die Vorwürfe gegen Stadler und fast 50 weitere Manager sind längst bekannt. Doch die hochbezahlten Topmanager behaupten immer noch, dass nur untergeordnete Ingenieure ohne ihr Wissen die Autos und die Abgasmessungen manipuliert haben. Entweder sie lügen oder sie sind unfähig, ein solches Unternehmen zu leiten. Aber der Porsche-Piëch-Clan als Hauptaktionär mit über 50 Prozent Stammaktien des VW-Konzerns hält weiter seine schützende Hand über die Herren.

Das ist nicht verwunderlich, schließlich floss ein großer Teil der Dividende aus den Betrügereien auf

ihre Konten – etwa 600 Millionen Euro allein für 2017. Wenn nun diese Betrugsdividende mit einem Bußgeldbescheid der Braunschweiger Staatsanwaltschaft in Höhe von einer Milliarde Euro abgeschöpft worden ist, müssen die Piëchs, die Porsches und die Scheichs von Katar zahlen – denn dorthin sind die VW-Milliardenprofite der letzten Jahre geflossen. Die Strafe darf nicht von den Investitionen, die für die soziale und ökologische Transformation nötig sind, abgezogen werden.

Wer das für typisch kommunistische Träumerei hält, sollte mal wieder in unser Grundgesetz gucken. Dort steht in den Artikeln 14 und 15, dass Eigentum auch dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll und zu diesem Zwecke auch vergesellschaftet werden kann. Dient vielleicht die Sicherung zehntausender Arbeitsplätze nicht dem Wohl der Allgemeinheit? Wenn jetzt nicht bei VW und den anderen Autokonzernen umgesteuert wird, kann der Konkurrenzkampf mit Fabrikschließungen und Massenentlassungen enden. Damit am Ende nicht immer die arbeitenden Menschen bezahlen müssen, sollten wir mal grundsätzlicher über die Demokratisierung dieser Gesellschaft nachdenken.

aus: „Roter Käfer“, Betriebszeitung der DKP

20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER

ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA

CALUM BAIRD ★ KAI DEGENHARDT ★ KLAUS DER GEIGER

JANE ZAHN ★ ERICH SCHAFFNER U.V.M.

KLEZMER ★ PUNK ★ LIEDERMACHER ★ RUMBIA ★ SKA

**THEATER ★ LESUNGEN ★ KINDERFEST ★ FLOHMARKT ★ BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN ★ AUSSTELLUNGEN ★ GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN**

7. – 9. September 2018

Revierpark Wischlingen Dortmund



<http://news.dkp.de>

Seit 4/2004 Immer montags

www.dkp-karlsruhe.de

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Herausgeber: DKP Karlsruhe, V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal.

Alle bisher erschienenen Montags-Infos unter www.dkp-karlsruhe.de

www.dkp.de

Kontakt: dkp.karlsruhe@gmx.de

www.unsere-zeit.de